

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Angaben: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 21. Oktober. In voller körperlicher
Rüstigkeit und in unverminderter Geistesfrische
tritt heute der frühere Finanzminister Otto
von Camphausen seinen 80. Geburtstag. Hoff-
genau acht und ein halbes Jahr ist Otto
von Camphausen preussischer Finanzminister ge-
wesen, nämlich vom 26. Oktober 1869 bis zum
23. März 1878, und während der letzten vier-
einhalb Jahre seiner amtlichen Tätigkeit war er
Vize-Präsident des Reichstages. Als er
nach dem Finanzminister Freytag von der Deputat-
ion übernahm, fand er ein Defizit von
5 1/2 Millionen Thaler vor. Er bestritt es,
indem er den Zwang der Schuldenaufnahme aufhob
und diese Tilgung von den verfügbaren Mitteln
abhängig machte. Der größte Teil seiner
Finanzministerthätigkeit fällt in eine glückliche Zeit,
in der es kein Defizit gab, sondern nur Ueber-
schüsse — dank der französischen Kriegskontribution.

Es ist jetzt als feststehend zu betrachten,
dass zur Deckung der Kosten der neuen Militär-
vorlage nicht ein einzelner Gegenstand, sondern
ein ganzes Bündel von Steuerprojekten, durch-
gängig Erhöhungen von bestehenden Steuern, her-
halten soll. Es sind die bekannten Defizite, Tabak,
Wine, Branntwein, Vorkontingente und als neue
Steuer eine Abgabe vom landwirtschaftlichen
Einkommen. Die Vorarbeiten zur Ausarbeitung
dieser sämtlichen Vorschläge sind lebhaft im
Gange und es ist eine unrichtige Behauptung,
dass die Regierung bereits von einem oder dem andern
dieser Projekte, namentlich von der Erhöhung der
Winesteuer, zurückgekommen sei. Im Bundesrat
glaubt man dabei nicht auf Schwierigkeiten zu
stoßen. Was den Reichstag betrifft, so werden dessen
Entscheidungen von der Entscheidung über
die Militärvorlage abhängig sein. Zur
Verteilung der notwendigen Mehrerlöse
auf eine ganze Reihe von Steuererhöhungen kann
man geltend machen, dass auf diese Weise kein
Erwerbs- und Produktionszweig derart überlastet
wird, dass er ruhmlos in seinem Fortbestand ge-
fährdet wäre, und dass es ohne ganz gewalttätige
wirtschaftliche Umwälzungen gar nicht möglich
ist, aus einer einzigen Steuerquelle die erforder-
lichen großen Mehreinnahmen zu schöpfen. Es
werden auch schwerlich aus der Mitte des Reichs-
tages andere gangbare Wege gezeigt werden.
Es wird sich für den Reichstag vorzugsweise darum
handeln, die Höhe des Defizits zu ermäßigen,
dann werden auch die Ansprüche an neue Ein-
nahmegesetze sich mindern. Ob jenes gelingen
wird, ist freilich eine andere Frage.

Das „Marine-Verordnungsblatt“ ver-
öffentlicht folgendes:

„Ich bestimme, dass Meine Panzerschiffe
„Kronprinz“ und „Friedrich Karl“ aus der Flotte
der Panzerschiffe, Weinpanzerschiffe, „Arminius“
aus der Flotte der Panzerschiffe und Mein
Schiffschiff „Schulffeld“ „Kaiser“ aus der Flotte
der Schulffeld und Panzerschiffe getrennt und in
die Flotte der Schiffe für andere Zwecke über-
nommen werden. Sie haben wegen einer dem
Zustande der Schiffe entsprechenden unzureichenden
Verwendung das Weiter im Einvernehmen mit
dem kommandierenden Admiral zu veranlassen.“
Marmor-Palais, 10. Oktober 1892.

W i l h e l m.

An den Reichskanzler (Reichs-Marineamt).

Königsberg i. Pr., 20. Oktober. (W. T. V.)
Nach einer Verfügung der Regierung ist
wegen der Choleraepidemie der Uebertritt von
Personen aus Russland nach Preußen innerhalb
der Kreise Neidenburg und Orlenburg nur bei
Umo und Diplomateneinreise gestattet, bei letzterem
Uebergangspunkte jedoch erst von da an, wo eine
ärztliche Kontrolle eingerichtet ist. Die Grenz-
Gendarmen sind in den Kreisen Neidenburg und
Orlensburg durch Dragoner-Unteroffiziere verstärkt
worden.

Ämtliche Nachrichten über neue Cholera-
Erkrankungen in Kasja und Mawa sind nicht
eingegangen.

Köln, 20. Oktober. (W. T. V.) Wie die
„Köln. Ztg.“ aus Sofia von heute meldet, ist
ein Ministerial-Erlaß ergangen, in welchem auf
die Bestimmungen des neuen Unterrichtsgesetzes
hingewiesen wird, wonach den Gemeinden ver-
boten ist, diejenigen Elementarschulen zu unter-
stützen, in denen nicht in bulgarischer Sprache
unterrichtet wird.

Wittenberg, 19. Oktober. Die Kaiserin
wird am 31. Oktober im Unterhause, und zwar
in der Wohnung des Oberleutnants von Wittenberg,
in der umfänglichen Verehrungen zur Bequemlichkeit
der hohen Frau getroffen werden. Im Vestibulum
und in der Aula des Rathhauses wird der
Kaiser seine vielen Gäste, etwa 500 russische und
andere hohe Personen bewirthen. Zu diesem
Befehl wird auf dem Klostergrundstück, westlich
vom Unterhause und Angustium, von einem
hiesigen Bauunternehmer die 36 Meter lange
kaiserliche Kasse aufgebaut werden. In dem
großen, jetzt erneuerten Wartesaal dritter Klasse,
der prächtig decorirt wird, wo die zum Fest
kommenden Fürsten das Kaiserpaar empfangen;
das Kaiserzimmer, sowie die Wartezimmer erster
Klasse werden zu Toilettenzimmern für die
Fürsten eingerichtet.

Hamburg, 20. Oktober. Die Hamburg-
Amerikanische Packetfahrt-Gesellschaft entließ wegen
des in Folge der Cholera verminderten Schiffs-
verkehrs 20 Schiffsoffiziere — ein Vorkommnis,
das um so größeren Anstoß erregt, als zu einer
Entlassung in diesem Umfange die Hamburger
Schiffsbetriebe durch die Lage der Dinge noch
niemals gezwungen worden sind.

Odenburg, 20. Oktober. Die Einberufung
des Odenburger Landtages, welcher über die
Gebietsabgrenzung der Odenburger Gemein-
schaften und über die den Kriegsschiffen Willkür-
schaften beraten wird, ist bis zum nächsten Herbst
verschoben worden, da zunächst der preussische
Landtag über den betreffenden Vertrag verhandeln
soll. Odenburg erhält von Preußen als Ent-
schädigung einen Gebietszettel der Grafschaft
Diepholz und eine Geldsumme.

Österreich-Ungarn.

Wien, 20. Oktober. Die für den 2. Novem-
ber in Aussicht genommene Entlassung des Hon-
ved-Definits in Budapest sollte nach der Ab-
sicht der Ustrefreie des ungarischen Volkes sich
zu einem würdigen Seitenstück des im Sommer
so enthusiastisch gefeierten Krönungsjubelums
gestalten. Das einfachste Gerechtigkeitsgefühl wie
der politische Takt erfordert, dass aus diesem
Anlaß dem Andenken der im 1849er Kriege so

wohl auf Seite der Ungarn wie der kaiserlichen
Armee Gefallenen gleiche Ehre zu Theil werde.
Das Wort Franz Deak's, des großen Patrioten:
„Vergessen wir die Vergangenheit!“ sollte auch
auf militärischem Gebiete sich zur Thatsache hin-
durchbringen. In gewohnter Hochherzigkeit hatte
der oberste Kriegsherr gestattet, daß der haupt-
sächlichste Korpskommandant FML. Fürst Bobrowitz
namens der gemeinsamen Armee einen Kranz auf
das zu entlassende Honveddenkmal niederlege;
wobei gegen die Präsidenten des Honvedvereins die
gleiche Ehre dem im Dienste des Kaisers bei der
Erstürmung des gefallenen General der öster-
reichischen Armee, Hengst, erweisen und dessen
Denkmal betranken sollte. So wäre die Idee der
Versöhnung zwischen der gemeinsamen Armee und
den national-ungarischen Militäraditionen in
einem harmonischen Schlußakkt ausgeklungen.
Man hatte hierbei nur einen Faktor überse-
hen, der sich jetzt umso lauter in Erinnerung bringt,
das Chauvinismus, welcher offenbar dem Mini-
sterpräsidenten Grafen Szapary den Ruhm dieser
wahrhaft verführerischen Staatsmännischen That
nicht gönnt und alles aufbietet, die Stimme der
Vernunft der Billigkeit, der Besonnenheit durch
einen Appell an ungesunde Volkseinstellungen zu
überdrehen. Es ist ein beschämendes Schauspiel,
was hier eine kleinliche, selbstjüchtige Parteilichkeit
vor den Augen Europas aufgeführt. Immerhin
mag man noch an der Hoffnung festhalten, daß
bis zum 2. November die erste kaiserliche Er-
regung der heillosigen Massen sich gelegt haben
wird, obwohl die Situation zur optimistischen
Betrachtungsweise wahrlich nicht angethan
erscheint. Jedenfalls thun die besonnenen
Elemente, welche ihren Einfluß in tal-
minderer Richtung geltend zu machen bemüht
sind, ein gutes Werk, durch dessen möglichst all-
seitige Förderung den wahren Interessen des
Landes ganz anders und besser gedient werden
würde, als durch das hegerische Treiben der
Opposition.

Peft, 20. Oktober. (W. T. V.) Der
Ausbruch der ungarischen Delegation für den
Oftapationskredit hat denselben unverändert an-
genommen und dabei zugleich dem Finanzminister
Rallay ihr Vertrauen ausgedrückt. Letzterer hob
hervor, der Augenblick für die Herabsetzung der
Truppen in dem Oftapationsgebiete sei noch nicht
gekommen, auch eine Abwägung der durch die
Truppen verursachten Kosten auf das Landes-
budget sei verfrüht, da durch erhöhte Kassen die
erfreulichen Fortschritte in den oftupierten Ländern
gehemmt werden könnten.

Schweiz.

Das Ereignis der Woche ist die Statuten-
Revision des „Schweizerischen Grütlvereins“,
einer seit mehreren Jahrzehnten existierenden, jetzt
etwa 15,000 Mitglieder zählenden Arbeiter-Ver-
einigung, die um sich die meisten Arbeiter schwei-
zerischer Abkunft und allmählich auch manche
Elemente kleinschweizerischer Kreise gruppiert.
Bisher betriebe sie sich auch noch an geeigneten Plätzen
als eine patriotisch-nationale Bürgergesellschaft auf-
zuspielen, obgleich schon seit einer Reihe von
Jahren der Einfluß der ausländischen Sozial-
demokratie immer mehr in den Vordergrund trat.
So brauchte es denn nicht gerade eine große
Ueberwindung, sich offen auf den Boden des letz-
teren zu stellen und man ist auch nirgends davon
sehr überrascht. Die Delegierten haben also im
Antrage der vorbereitenden Kommission ohne Zö-
gern einen Passus, der auch die „Förderung des
nationalen Bewusstseins“ als Zielpunkt des Vere-
ins bezeichnet, gestrichen, dagegen als solchen die
Entwicklung des politischen und sozialen Fort-
schritts im Schweizerlande auf Grundlage der
Sozialdemokratie aufgestellt. Die liberale Presse
stellt sich befriedigt, daß nun endlich die Klärung
eingetreten sei, die sich schon längst aus der poli-
tischen Haltung des Vereins ergeben habe und be-
theuert hoch, daß die Scheidung der Geister des
Mittleres von den Parteien, welche die Aufrecht-
erhaltung der bürgerlichen Gesellschafts- und Staats-
ordnung wollen, letzteren nur zum Vortheil ge-
reichen könne. Namentlich führt die Sprache
das Hauptblatt der schweizerischen Bourgeoisie,
die „Neue Zürcher Zeitung“. Sie erwidert nicht
einmal dabei, wie man es billig von ihr und
ihrer Sippe voraussetzen dürfte. Denn wo
irgend auf politischem Bereiche eine revolutionäre
Bewegung im Sinne des „Fortschritts“ gegen die
„Reaktion“ sich abspielt oder ein Kampf der Auf-
klärung, des Individualismus oder des freien
Unglaubens gegen jede kirchliche Autorität, so
fehlt ihr sicherlich der Blickpunkt des Ringes
der „liberalen“ Kapitalisten, Börsenmänner und
Doktoren nicht. Es geschieht dieser Presse
daher nur recht, wenn konservative Blätter bei
der Konfession den Werth dieser „liberalen“
Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen die Sozial-
demokratie als ziemlich fragwürdig hinstellen.
Gewiß! Die staatsverhaltenden Volkstheile im
Sinne des politischen und kirchlichen Konservati-
smus haben für ihre Sache von dieser „Schei-
dung der Geister“ nichts zu fürchten; der grun-
dsätzliche Liberalismus ist es, der zellos hin und
her wackelt, nicht wissend, auf welcher Seite er zu-
letzt fällt.

Ein gewisser wohlberechneter Takt kann je-
doch diesen „Grütlern“ nicht abgesprochen
werden. Sie rechnen offenbar auf die Sympathien
des Volkes, wenn sie eine neue Bestimmung
in die Statuten aufnehmen, nach welcher Aus-
länder nur als Passiv-Mitglieder aufgenommen
werden können, nicht wählbar in den Vorstand
und nicht stimmberechtigt sind.

Früher waren sie die treuesten Trabanten
des liberalen Systems, welches sich ihrer als
willkürliches Stimmvieh bediente. Spür genug
haben auch sie zur Einsicht, daß da für die Ar-
beiter nichts zu holen sei und damit war ihr Ab-
fall von der liberalen Partei bezeugt. Es ist
seitens der letzteren also sehr wohlfeil, jetzt erst
diese Spaltung zu feiern.

Niederlande.

Amsterdam, 20. Oktober. (W. T. V.) Aus
Amsterdam und Bienen wird je ein Cholera-
Todesfall gemeldet.

Frankreich.

Paris, 20. Oktober. (W. T. V.) Der
sozialistische Deputirte Basset erklärte einem Ver-
richtersatter gegenüber, er werde in der Kammer
in einer Interpellation über die Streitigkeiten
zwischen den französischen und belgischen Ver-
arbeitern die Forderung stellen, daß man sich be-
züglich der Ausbeutung der Bergwerke auf den
Standpunkt der nationalen Selbstbehauptung stelle

und wie bei den Eisenbahnen keine Ausländer be-
schäftige. Die gegenwärtig beschäftigten Aus-
länder könnten nur unter der Bedingung behalten
werden, daß sie sich naturalisiren lassen.

Der Senator Lelain beabsichtigt einen An-
trag einzubringen, wonach die Direktoren der
Bergwerke und Eisenbahnen vom Staate ernannt
werden sollen.

Der „Siecle“ bespricht das am nächsten
Sonntag in Brüssel stattfindende Meeting,
welches gegen die Ausbreitung der belgischen
Arbeiter protestiren soll. Das Blatt nennt die
Forderung zum Meeting einen Anfall von
Delirium tremens und erklärt, Frankreich könne
derartigen Excessen nur Verachtung entgegen-
setzen.

Paris, 20. Oktober. In Carmaux herrscht
angesichts des Vorschlags eines Schiedsgerichts
bei den Bergleuten vollständige Rathlosigkeit.
Der Deputirte Ferret erhielt eine Depesche, in
welcher er von den Bergleuten gebeten wurde,
sich mit den sozialistischen Kollegen zu verän-
digen. Diese telegraphirten zurück, die Arbeiter
müßten ohne Zaubern das Schiedsgericht an-
nehmen. In Carmaux selbst zeigt sich allge-
meine Neigung die Arbeit wieder aufzunehmen.

Italien.

Urbino, 20. Oktober. (W. T. V.) Bei
einem heute vier stattgehabten Wahlbänke hielt
der Kriegsminister Pelloni eine Rede, in der er
folgendes aussprach: Bei seinem Amtsantritt
habe er ein provisorisches Kriegsbudget in Höhe
von 265 Millionen vorgefunden, der Betrag des
revisirten Budgets sei noch höher gewesen;
heute sei das Kriegsbudget mit 246 Millionen
konsolidirt. Die erzielte Ersparung sei doppelt
so groß, als versprochen war, was nur durch eine
außerordentliche Anstrengung zu ermöglichen ge-
wesen sei. Noch größere Ersparungen zu machen,
sei schwierig, er erkläre dies ausdrücklich, um
nicht im Publikum Hoffnungen auf weitere Er-
sparungen im Kriegsbudget zu erwecken. Die
Tripelallianz sei niemals von Einfluß auf die
militärischen Ausgaben Italiens gewesen, eine
Politik der Isolirung würde größere Ausgaben
verursachen. Das gesammte Kabinett sei darin
völlig einig, daß die Grundlage der militärischen
Organisation unverändert bleiben müsse.
Dank der eingeführten Organisation sei die Mo-
bilisirung um sechs und sieben Tage schneller
durchzuführen. Der Minister legte sodann
die Gründe dar, aus welchen er sich nicht
für eine zweijährige Dienstzeit habe
entschieden können. Er werde jedoch dem
Parlament einen Gesetzentwurf über die Re-
krutierung vorlegen, welcher zwar nicht nur
zweijährigen Dienstzeit gelange, theilweise jedoch
die mittlere Dienstzeit auf diese Dauer herab-
setze. Die gegenwärtige Bewaffnung der Armee
mit dem Repetirendehre vom Jahre 1870 sei eine
vortreffliche; die italienische Armee könne ohne
Beforgnisse auch vor Umänderung der Gewehre
ins Feld ziehen. Alle Mächte wären bestrebt,
ihre Waffen zu verbessern, Italien habe darin
einen Vorprung vor allen Mächten. Schließlich
erinnerte der Minister an die jüngsten Ereignisse,
welche Italiens Ansehen noch gehoben und gezeigt
hätten, wie innig die Bande der Sympathie und
Ergebenheit seien, die die Bevölkerung des Lan-
des mit der ruhmreichen Dynastie verbanden.
Die Rede wurde mit großem Beifalle auf-
genommen.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Oktober. (W. T. V.)
Zum Vertreter Dänemarks bei der internationalen
Mingkonferenz in Brüssel ist der Geheimrath
Liljeberg ernannt worden.
Wie verlautet, ist der Gouverneur der
dänisch-westindischen Insel Arendrup um seine
Entlassung eingekommen, zu seinem Nachfolger
ist der dänische Gesandte in Washington Graf
Spinnack anzuweisen.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Oktober. Der „Standard“
zollt den Aeußerungen des Grafen Russell be-
züglich der Politik des Dreiecks und der
Stellungnahme Englands zu derselben ungetheilten
Beifall und spricht die Ueberzeugung aus, daß es
Lord Russell gelingen werde, den Kurs, der sich
unter der Leitung Salisbury's so trefflich be-
währt habe, unbeauftragt fortzuführen. Es wäre
längst hienieden, daß die Zwecke des Dreiecks
rein friedlicher Natur seien. Wenn den Mitglie-
dern des Dreiecks daran gelegen gewesen wäre,
einen europäischen Krieg vom Zaune zu brechen,
so würden sie so manche Gelegenheit dazu gehabt
haben. Sobald aber eine solche Gefahr im An-
zuge gewesen wäre, hätten die drei Mächte ihren
gemeinsamen Einfluß — und bisher glücklicherweise
mit Erfolg — aufgebracht, um den drohenden
Sturm zu legen. Es wäre in der That sonder-
lich, wenn ein englisches Ministerium einer so
feindlichen Politik und einem solchen Bündnis
seine Beistimmung und Sympathie vorenthalten
würde. Was die bulgarische Frage anlangt, so
sei Prinz Ferdinand von Rumänien nun vom Sul-
tan sowohl, wie von den Mächten, ausgenommen
Rumänien und Frankreich, als Fürst von Bul-
garien so gut wie anerkannt. Völliglich der russi-
schen Versuche, vom Sultan neue Zugeständnisse
zu erpressen, hostet der „Standard“, daß Abdul
Hamid sich genöthigt zeigen würde, er dürfe da-
bei mit Sicherheit auf den Dreieck und Eng-
land rechnen. Lord Russell's Aufgabe wäre in
dieser Hinsicht eine bedeutend leichtere, als es die
seiner Vorgänger zu Bismarck's Zeiten gewesen
sei. Damals hätte sich Rumänien zum mindesten
auf eine wohlgeleitete Neutralität seitens Deutsch-
lands verlassen können — und zwar, ungeachtet
der Versprechungen Deutschlands gegen seine
Verbündeten. Der Sultan sei, in Folge dessen,
oft in Zweifel darüber gewesen, inwiefern er auf
Unterstützung rechnen könnte, falls er den un-
berechtigten Anforderungen Rumänlands Widerstand
leistete. Seit Bismarck's Rücktritt habe
diese peinliche Lage aufgehört. Der deutsche
Kaiser und Graf Caprivi verfolgten ein vollkom-
men offenes und gerades Verfahren mit den
Freunden Deutschlands, und England habe jetzt
keinen Grund, seine Wünsche in Bezug auf die
Türkei und den Orient im Allgemeinen länger
unterzuordnen, indem es wisse, daß diese mit
denen des Dreiecks übereinstimmen und daß
keine der verbündeten Mächte sich nunmehr scheuen
würde Farbe zu bekennen.

Ein seitens des britischen Parlaments ver-
öffentlichter Bericht theilt mit, daß vor 10 Jah-
ren von 24 Millionen angepflanzte Flächeninhalt

2,455,000 Morgen betrug. In 1888 hatte sich
dieselbe um 103,000 Morgen vermehrt und neue
im 1891 stattgehabte Messungen ergaben, daß
2,695,000 Morgen der Forstkultur dienen. Im
Ganzen hat sich der mit Waldungen beplante
Flächeninhalt während der letzten 10 Jahre um
134,000 Morgen vergrößert, wovon 96,000 Mor-
gen auf England, 31,000 auf Schottland und
7000 auf Wales fallen. In England scheint die
Grafschaft Hampshire die meisten Waldungen zu
besitzen. Der der Forstwirtschaft gewidmete
Flächeninhalt beträgt 122,574 Morgen. In
Schottland dagegen weist die Grafschaft Berne-
shire die meisten Waldungen mit einem Flächen-
inhalt von 169,000 Morgen auf.

In dem in Ballinacolly in Irland liegenden
13. Infanterie-Regiment soll es gähren. Das
dienstliche Verhältnis zwischen Offizieren und
Mannschaften ist derart, daß es vor einigen
Abenden fast zu Thätlichkeiten gekommen wäre.
Die Besoldung bildet übermäßig harter Dienst.
Wie es heißt, kann jeden Tag eine offene Meuterei
ausbrechen.

London, 20. Oktober. (W. T. V.) Der
Staatssekretär des Auswärtigen, Earl Roseberry,
empfing heute eine von der britischen Antislaverei-
Gesellschaft entsandte Deputation, welche die Re-
gierung um Uebernahme des Protektorats über
Uganda und Uebernahme der Zinsgarantie für
die Mombasa-Eisenbahn ersuchte. Lord Rose-
berry erklärte, die Regierung stehe diesen Fragen
nicht gleichgültig gegenüber; er betrachte das
Land als den Schlüssel zu Zentral-Afrika und als
ein geeignetes Feld für kommerzielle Unterneh-
mungen. Er sei der Ansicht, daß nachdem die
Regierung einmal Hand an den Pflug gelegt
habe, sie sich nicht mehr zurückziehen könne.
Jedoch wollte er mit dieser Erklärung die Re-
gierung an seine bestimmte Politik binden, er sei
aber der festen Ueberzeugung, daß die von der
Deputation beauftragte große Sache einen her-
vorragenden Platz einnehmen müsse.

Rußland.

In Rußland ist eine neue Absperrungs-
regel getroffen worden. Der Minister der Volks-
aufklärung hat soeben die Anordnung getroffen,
daß in die mittleren und höheren Lehranstalten
(Gymnasien und Universitäten) in Zukunft die
Kinder von solcher Ausländer aufgenommen wer-
den dürfen, welche die ausdrückliche Genehmigung,
in Rußland ständig leben zu dürfen, erhalten
haben. Da eine solche Erlaubnis von der russi-
schen Regierung gar nicht erteilt wird, jedenfalls
aber nicht in dem von dem Erlaß angedeuteten
Maße, so liegt in der neuen Verordnung die
Bestimmung, daß in Rußland lebende Ausländer
ihre Kinder überhaupt nicht mehr in die bori-
gen Lehranstalten abzugeben berechtigt sind. Auf
diese Weise will man offenbar die zahlreichen
Ausländer im zarischen Reich zwingen, die russische
Unterrichtsanstalt anzunehmen, oder das Land zu
verlassen.

Dem Reichsrath ist soeben der Gesetzent-
wurf, welcher eine Einschränkung der Kolonisation
von Ausländern bezweckt, zur Verathung zuge-
gangen.

Petersburg, 20. Oktober. (W. T. V.)
Der letzte Cholera-Bericht weist eine größere
Abnahme der Epidemie in den Städten auf.
Die Seuche herrscht hauptsächlich noch in den
Gouvernements Samara, Saratow, Tambow,
Woroneß, Kurland, Kurland, Schitomir, Dren-
burg, Belarabien, Wensa, Simbirsk und Ufa,
wo wöchentlich gegen 20 und mehr Erkrankun-
gen vorkommen. Die Sterbefälle betragen etwa
fünfzig Prozent.

Petersburg, 20. Oktober. (W. T. V.)
Bei der Internationalen Bank stellten sich nach
dem Halbjahresabschlusse die Gewinne aus
Provisionen auf 440,000, aus Kursoperationen
auf 125,000, aus Fonds auf 1000 Rubel (nach
Abschreibung von 360,000 Rubel auf die Kosten
der Adelsagrarbank). Der Gewinn der Wiener
Filiale beträgt 141,000 Rubel. Nach Abzug der
Kosten bleibt zur Verteilung ein Reingewinn
von 618,000 Rubel.

Petersburg, 20. Oktober. (W. T. V.)
Der Proberuch auf dem diesjährigen Sommer-
getreide ergab auf die Desjätine durchschnittlich
etwa 41 Pud.

Dorpat, 20. Oktober. Das Bezirksgericht
in Wolmar verurtheilte die Pastoren von Hirsch-
heide und Großberg wegen Verabnahme geistlicher
Handlungen an Personen orthodoxen Glaubens-
bekenntnisses nach dem Ritus der lutherischen
Kirche zu sechsmonatlicher Amtsenthebung; die
mitangeklagten Pastoren Tren und Walrecht er-
hielten strenge Verweise.

Rumänien.

Bukarest, 20. Oktober. (W. T. V.) In
einer dem hiesigen italienischen Gesandten Car-
pacci zugewandten Depesche, welche die Ueber-
nahme des Schutzes der Rumänen in Griechen-
land durch Italien mittheilt, sagte der
italienische Minister der auswärtigen Ange-
legenheiten Prin: „Wir sind sehr glücklich,
diesem Vertrauensbeweise entsprechen und bei
dieser Gelegenheit unsere lebhafteste Freundschaft
für Rumänien bezeugen zu können.“ Der
rumänische Minister des Aeußeren Labovary
erwachte den Gesandten, seiner Regierung den
Dank der rumänischen Regierung zu über-
mitteln.

Griechenland.

Athen, 20. Oktober. (W. T. V.) Wie in
der Regierung nachstehenden Kreisen berichtet
wird, hat die Differenz mit Rumänien bisher zu
keinen diplomatischen Schritten Griechenlands bei
den Mächten geführt.

Afrika.

Mit dem am Sonntag zu Antwerpen einge-
troffenen Dampfer „Alaska“ ist außer dem Gour-
verneur Bahis auch ein Mitglied der Expedition
von Kerkhoven, Kapitän Pontier, sowie zwei
angehörige der Expedition Dobitzer, Hanseune
und Schouten eingetroffen. Die Mehrzahl der
Brüsseler Blätter hat sich bemüht, von diesen
Augenzeugen Einzelheiten zu erfahren, da in Folge
des Streites zwischen den Organen des Kongo-
staates und den Angehörigen der Privatgesellschaften
ein solcher Wirrwarr von Anschuldigungen ent-
standen war, daß man über die Ursachen der Un-
ruhen und den jetzigen Stand der Dinge keinen
rechten Ueberblick gewinnen konnte.

Was zunächst die Expedition von Kerkhoven
anlangt, deren Vorkampf bis zum Nil einen her-

vorragenden politischen Charakter trägt, so erklärt
Kapitän Pontier in Uebereinstimmung mit dem
Gouverneur Bahis, daß während seiner dortigen
Anwesenheit Kapitän van Kerkhoven sich im Lande
der Mombutu aufgehalten habe. Er sei weber
über die Grenze des Kongo-landes nach Osten
hinausgekommen, noch habe er eine solche Absicht
oder Weisung; vielmehr sei ihm die Aufgabe ge-
stellt, im Uelgebiet die Herrschaft des Kongo-
staates durch Errichtung von Stationen, durch
Besetzung des Kongo-landes u. s. f. herzu-
stellen. Er habe dort die zu jüngerer Zeiten noch
so bevölkerten Gegenden von den arabischen Hor-
den vertrieben gefunden und in den mit ihnen
entstandenen Kämpfen die Araber zur Flucht ge-
bracht; darauf wären die Eingeborenen über ihre
bisherigen Feinde hergefallen und hätten ein
furchtbares Blutbad unter den Fliehenden an-
gerichtet. Danach wäre von Kerkhoven von den
Häuptlingen und Stämmen mit offenen Armen
aufgenommen worden. Soweit stimmen die An-
gaben mit anderen Nachrichten überein. Wenn
aber Pontier nach Brüsseler Blättern seine Mit-
theilungen mit der Behauptung schließt, daß van
Kerkhoven überhaupt keinen Handel treiben wolle,
so steht das im Widerspruch mit den allgemeinen,
allerdings jetzt widerwärtigen Meinungen des Kongo-
staates an seine Beamten in Afrika, und dann
auch der Ansammlung reicher Elfenbeinmassen
durch die Expedition von Kerkhoven, die an der
Zimbabue-Wandlung stattgefunden hat.

Bis noch mehr Aufmerksamkeit widmet man
in Belgien den Mittheilungen über die Expedi-
tion Dobitzer, da hiermit eine Menge Privat-
interessen in Verührung stehen und viele Familien
durch den Tod ihrer Angehörigen in Mitleiden-
schaft gezogen sind. Aus den Mittheilungen der
Herrn Hanseune und Schouten geht in un-
bestimmter Weise hervor, daß Dobitzer selbst an
dem gänzlichen Untergange seines Unternehmens
schuld war. Dobitzer hat nach den verschiedensten
Richtungen hin geradezu schichtweise gehandelt;
er ist mit einem förmlichen Harem umhergezogen
und hat sich um seine Leute und seine Waaren
kaum noch gekümmert. Er hat alle Vorkehrun-
gen vernachlässigt, ist mit seinen Weibern
fast ohne schützende Mannschaften und mit unge-
zügelter Bewandlung umhergezogen und hat die
habgierigen Häuptlinge durch das Vorlegen seiner
verderblichen Waaren förmlich zur Erpreßung der-
selben herausgefordert. In Belgien giebt es keine
einzige Stimme mehr, welche Dobitzer in Schutz
nimmt. Wenn man so eine Erklärung dafür hat,
daß die Dobitzer'sche Expedition ihrer Sache be-
raubt wurde, so versteht man noch nicht, warum
die meisten der Mitglieder ermordet worden sind.
Selbst im Innern nehmen sich die Araber und
Neger sehr in Acht vor der Ermordung eines
einzigen Weißen. Wenn man also in diesem
Falle eine große Anzahl umgebracht hat, so müssen
noch andere Gründe mitgewirkt haben. Dabei
richtet sich der Blick immer wieder auf das Ver-
treiben der arabischen Händler durch van Ker-
hoven vom Uelle und auf das Eingreifen der
belgischen Expeditionen am Tanganika. Unter den
Arabern war die Aufregung schon beim Eintreffen
Dobitzer's sehr groß.

Amerika.

Eine erneute Warnung vor der Auswan-
derung nach Brasilien ist seitens der englischen Re-
gierung veröffentlicht worden, nachdem der britische
Generalkonsul in Rio de Janeiro nach Koncon
den Wortlaut eines Vertrages telegraphisch ge-
meldet, welcher bejagt Ueberführung von einer
Million europäischer Einwanderer nach den mittle-
ren und nördlichen Staaten Brasiliens zwischen
der dortigen Regierung und einer Gesellschaft ab-
geschlossen worden ist. Auch von deutscher Seite
wäre eine amtliche Beleuchtung dieses Planes
dringend wünschenswert, da bei demselben die
Unterbringung der Einwanderer in den von
Deutschland bewohnten Südstaaten der Republik
völlig ausgeschlossen ist. Es handelt sich lediglich
darum, Arbeiter für die Ländereien der brasiliani-
schen Grundbesitzer in den heißen Theilen des
Staates zu beschaffen, wofür die mitteleuropäi-
schen Staaten unter keinen Umständen ihre An-
gehörigen verwenden lassen dürfen. Dazu kommt,
daß die gegenwärtigen Zustände Brasiliens aller
Orten einen durchaus gesloffenen Charakter tragen,
weshalb die wohlthätige Beurteilung, welche
dieses Land noch vor einigen Jahren in manchen
deutschen Kreisen fand, heute nicht mehr gerecht-
fertigt werden kann. Ganz besonders aber ist zu
betonen, daß vom 1. Oktober d. J. an nach
einem Beschluß des Kongresses die Einführung
chinesischer Arbeiter nach Brasilien gestattet ist,
wodurch sich die Aussichten für Europäer daselbst
noch bedeutend verschlechtert haben.

Newyork, 18. Oktober. Der Kongreß der
Vereinigten Staaten hat sichtlich genug Gelo für
die Vergrößerung der Flotte bewilligt. Mit dem
Bau der neuen Schiffe aber hat es seine eigene
Bewandnis. Es hält nämlich schwer, die Panzer
in Amerika herzustellen, und sie in Europa zu
kaufen, sind die Amerikaner zu stolz. Deshalb
sind die Arbeiten an der „Maine“, der „Mon-
terey“ und „Texas“ fast zum Stillstand ge-
kommen und die „Alabama“, „Newyork“, „Massachu-
setts“ und „Oregon“ schreiten mit Schnelligkeit
zur Vollendung entgegen. Vielleicht ist die Kon-
struktion der neuen Schiffe schon veraltet, wenn
der Panzer fertig ist. So etwas wäre in den
Vereinigten Staaten nichts Neues. Hat man doch
häufig 20 Jahre dort zur Vollendung eines
Kriegsschiffes gebraucht. Manchmal wurden die
Schiffe abgebrochen, ehe sie überhaupt noch vom
Stapel liefen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Oktober. Die Nummer 20 der
„Ämtlichen Nachrichten des Reichs-Verordnungs-
amtes“ vom 15. Oktober d. J. enthält folgende
bemerkenswerthe Rückerscheidungen.
In Unfallversicherungs-Streitigkeiten sind die
Parteien berechtigt, in jeder Lage des Verfahrens
etwaige unter ihnen bestehende Streitigkeiten über
Umfang des erbeizenen Entschädigungsanspruches,
den Grad der Erwerbsunfähigkeit u. s. w. durch
Vereinbarungen oder Vergleichsabschlüsse beizule-
gen, und entbehren diese Verträge nur dann der
Rechtswirksamkeit, wenn sie bezwecken, die An-
wendung der Bestimmungen der Unfallversicherungs-
gesetzgebung zum Nachtheil der Versicherten aus-
zuschließen oder zu beschränken. Es ist jedoch
daran festzuhalten, daß das Endergebnis derarti-
ger Verhandlungen, welche in der ersten Hälfte
geschlossen werden, in einem förmlichen Verurtheil

